

14.31

Bundesrätin Mag. Bettina Lancaster (SPÖ, Oberösterreich): Herr Präsident! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits von Kollegen Steinmaurer und den Kolleginnen Huber und Wolff ausführlich vorgetragen, wird mit der unter TOP 5 vorliegenden Novelle klargestellt, dass konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere in Österreich nicht patentiert werden dürfen. Nicht gemeint ist das Leben, das über gentechnische Verfahren verändert, also quasi konstruiert wird; diese Laborkreationen, egal ob pflanzliche oder tierische, unterliegen weiterhin der Kategorie patentierbar.

Zurück zu den konventionellen Züchtungen: Durch diese Präzisierung sollen kreative Umgehungsmöglichkeiten wegen angeblicher Erfindungen, wie sie in der Praxis bei Patentverfahren am Europäischen Patentamt anscheinend vorkommen, unterbunden werden. Pflanzen und Tiere aus konventionellen Züchtungsverfahren sollen mit höherer Verlässlichkeit von einer Patentierung ausgeschlossen werden.

Österreich setzt damit ein wichtiges Signal, und das findet die vollste Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion. Wichtig wird auch die Beispielwirkung auf europäischer Ebene sein. Daran muss mit Nachdruck gearbeitet werden, denn die Privatisierung von natürlichen Ressourcen schafft enorme Ungleichheit: Die Vielen verlieren und geraten in teure Abhängigkeit, und die Wenigen bereichern sich bis ins Unermessliche – ein weiterer Schritt zum Auseinanderdriften von Arm und Reich und damit hin zur Destabilisierung des sozialen Friedens. Solchen Entwicklungen hat sich die Sozialdemokratie seit jeher entgegengestellt.

Von unserer Seite gibt es ein klares Ja zu dieser Novelle und einen klaren Auftrag an die Frau Minister und an Sie, Herr Minister: Überzeugen Sie auch Ihre Kollegen und Kolleginnen aus anderen EU-Ländern von der Notwendigkeit, natürliche Ressourcen und Ergebnisse aus konventioneller Züchtung patentfrei

zu halten! Umgehungsstrategien sollen in Zukunft der Vergangenheit angehören. – Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Bundesrätin Hauschmidt-Buschberger.*)

14.34